



Bundesverband Freier  
Immobilien- und Wohnungs-  
unternehmen

## **BFW-PRESSEMITTEILUNG**

### **Kabinettsvorlage der Baugesetzbuchnovelle ist mittelstandsfeindlich und hemmt Investitionen**

**Berlin, 29.10.2020. „Der Entwurf der Baugesetzbuchnovelle ist in höchstem Maße mittelstandsfeindlich und hemmt Investitionen. Selten gab es einen Gesetzesentwurf, der weiter an den wirklichen Bedürfnissen vorbei geht. Seinem Namen wird das Baulandmobilisierungsgesetz in keiner Weise gerecht! Ob sektoraler Bebauungsplan, die Ausweitung der Vorkaufsrechte oder Baugebote: So werden dem Markt Grundstücke entzogen und private Investitionen unwirtschaftlich gemacht“, bewertet Andreas Ibel, Präsident des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, die gestern bekannt gewordene Kabinettsvorlage des Baulandmobilisierungsgesetzes.**

Bereits bei der Veröffentlichung des ersten Referentenentwurfes hatte der BFW darauf hingewiesen, dass sektoraler Bebauungsplan, Ausweitung der Vorkaufsrechte und Baugebote die Ausweisung von Bauland erschweren statt aktivieren. Die nach der Verbändebeteiligung vorgenommenen Änderungen sind jedoch auf Drängen der SPD wieder zurückgenommen und teilweise verschärft worden. Nachdem die Umweltministerin der Immobilienwirtschaft in der letzten Legislaturperiode Sonderlasten beim Klimaschutz auferlegt hat, scheint nun auch der Innenminister wichtige Grundlagen und Akteure des Wohnungsbaus anderen Interessen zu opfern.

„Deutschland ist dringend auf private Investitionen in den Wohnungsbau angewiesen. Es geht nicht nur um die Beseitigung des Wohnraummangels, sondern auch darum, in schwierigen Zeiten Hoffnungen für einen Wirtschaftsaufschwung zu schüren. Wenn hier kein Umdenken erfolgt, wird der Gesundheits- und Wirtschaftskrise eine Immobilien- und Bankenkrise folgen“, resümiert Andreas Ibel.

---

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerbeneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55  
10117 Berlin  
Tel.: 030 32781-0  
Fax: 030 32781-299

E-Mail: [presse@bfw-bund.de](mailto:presse@bfw-bund.de)

[www.bfw-bund.de](http://www.bfw-bund.de)

[www.bfw-newsroom.de](http://www.bfw-newsroom.de)